

Lydia Klinkenberg

Plenum 24/09/2018

Regierungserklärung Teil II

Sehr geehrter Herr Präsident,
Sehr geehrte Mitglieder der Regierung,
Werte Kolleginnen und Kollegen,

laut den Teilnehmern der letzten FORSA-Umfrage lässt es sich in Ostbelgien sehr gut leben – auch wenn die Resultate der Umfrage eindeutig herauskristallisieren, wo unsere Herausforderungen in den nächsten Jahren liegen, nämlich bei den Schwerpunktthemen des Regionalen Entwicklungskonzeptes und dieser Mehrheit: der Familienpolitik, der Gesundheits- und Sozialpolitik. Nicht ohne Grund wurde in den letzten Jahren massiv in diese Politikbereiche investiert.

1. Die Forsa-Umfrage zeigt auf, dass die **Gesundheitsversorgung** in Ostbelgien ein für unsere Bevölkerung mehr als wichtiges Thema ist. Immer noch sind 77% der Bevölkerung zufrieden mit diesem Bereich. Allerdings ist der Wert im Vergleich zu 2014 gesunken, was uns nicht überrascht.

Und natürlich, liebe Kollegin und Kollegen der CSP, hat die Absicherung einer ausreichenden medizinischen Versorgung in deutscher Sprache oberste Priorität für uns alle. Was uns als Gemeinschaft definiert, ist unsere Sprache, das wichtigste Identitätsmerkmal der Ostbelgier, das ausschlaggebende Kernelement unserer Autonomiegeschichte. Und so ist es uns ein Anliegen, dass unsere Lage im ländlichen Raum kein Hindernis sein darf, um eine ausreichende Gesundheitsversorgung in deutscher Sprache hier vor Ort sicherzustellen.

- Doch, ja, es fehlt an Hausärzten, Fachärzten und Zahnärzten – allerdings nicht nur uns. Dieses Phänomen findet man vielerorts in Europa. Und wir arbeiten seit Jahren daran, die Situation zu verbessern.

- Wir bedauern außerdem auch weiterhin, dass das IZOM vom LIKIV aufgekündigt wurde. Wir hätten uns eine Aufrechterhaltung gewünscht, haben aber bedauerlicherweise in diesem Bereich keinerlei Befugnisse. Die Ostbelgienregelung, die unter Mitwirkung der hiesigen Krankenkassen, der Regierung und vieler weiterer

Akteure in kürzester Zeit erreicht wurde, hat bereits mehr als 2.000 Menschen geholfen. Aber wirklich zufrieden sind wir selbstverständlich noch nicht, vor allem da der bürokratische Aufwand größer geworden ist und es in vielen Fällen Probleme mit der Verschreibung von Medikamenten gibt. Wir haben jedenfalls ein Interesse daran, uns weiterhin für Verbesserungen einzusetzen.

Wir wollen z.B. eine verstärkte grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Gesundheitssektor – eine so genannte ZOAST - auf Ebene der Kliniken. Dies könnte die grenzüberschreitende Pflege verbessern. Sie wäre zwar keine Alternative zur Ostbelgienregelung, aber eine interessante Ergänzung dieser.

Die 6. Staatsreform wiederum hat uns Mittel an die Hand gegeben, um die Gestaltung der Gesundheitspolitik in Ostbelgien voranzutreiben. Und auch das tun wir. So haben unsere beiden Krankenhäuser durch die neue gesetzliche Grundlage mehr Planungssicherheit, weniger Bürokratieaufwand durch ein vereinfachtes Antragsverfahren und profitieren zudem von mehr Zuschüssen. Wir investieren seit Jahren Millionen von Euro in ihre Modernisierung, ihren Um- und Ausbau. Wir fördern die Zusammenarbeit und den Austausch der beiden Häuser mit dem CHC als Partnerkrankenhaus, um denn nur einige Initiativen zu nennen... Warum tun wir das? Eben weil für uns die Aufrechterhaltung der beiden Krankenhäuser in Eupen und St.Vith und eine gute Gesundheitsversorgung in deutscher Sprache oberstes Ziel ist. Es gilt hier mit einer Stimme zu sprechen, werte Kolleginnen und Kollegen!

Kommen wir zur

2. Kinderbetreuung.

Auch hier erkennt unsere Bevölkerung Nachbesserungsbedarf, denn es fehlen Betreuungsplätze - zu meinem persönlichen größten Bedauern übrigens, denn ohne Kinderbetreuung könnte ich heute nicht an diesem Rednerpult stehen. Unser gesetztes Ziel, den Betreuungsbedarf flächendeckend zu 100% abzudecken, haben wir noch nicht erreicht. Heute sind wir bei 40% Betreuungsquote, was weit höher ist als bei vielen unserer Nachbarn im In- und Ausland, aber eben immer noch nicht ausreicht.

Daher haben wir den „Masterplan für Kinderbetreuung“ erarbeitet.

Daher wurde das Ferienprogramm für Kinder erweitert, der Ausbau der außerschulischen Betreuung vorangetrieben, die Arbeit der Tagesmütter aufgewertet, und das Amt des Kindergartenassistenten geschaffen, damit schon im Laufe der

nächsten Legislaturperiode alle Kinder bereits ab 2,5 Jahren den Kindergarten besuchen können.

Daher wurde in den Bau weiterer Krippenplätze massiv investiert. Schon ab dem Frühjahr beispielsweise werden - nach St. Vith - auch in Hergenrath 24 neue Kinderkrippenplätze bestehen.

Aber nicht nur das Angebot an Kinderbetreuung steht im Fokus unserer Politikgestaltung. Auch dem Bedarf an **Alten- und Pflegeheimplätzen** gerecht zu werden, wie es die Bevölkerung laut FORSA-Ergebnissen von uns erwartet, ist eine unserer Prioritäten.

Es fehlen Altenheimplätze - unbestreitbar. Und da wir immer älter werden, werden wir aller Wahrscheinlichkeit nach auch pflegebedürftiger. Es gilt also jetzt in diesen Bereich zu investieren, um für die Zukunft gewappnet zu sein. Und auch das tun wir! Einige Beispiele: Die Mittel für die häusliche Hilfe wurden um ein Drittel erhöht, während die Anzahl der betreuten Wohnungen verdoppelt wurde. Zusätzliche Alten- und Pflegeheimplätze wurden geschaffen und nun sollen weitere 150 folgen.

Doch ... ohne Fachpersonal geht nichts. Der Job des Pflegers ist sowohl körperlich als auch mental besonders anspruchsvoll. Mit steigender Lebenserwartung steigt aber auch der Bedarf an Menschen, die sich für diesen Berufsweg entscheiden. Und darum möchten wir dem Pflegepersonal – dort, wo wir es können - auch finanziell die notwendige Wertschätzung entgegenbringen. Geld ist sicher nicht alles, doch wir sind bereit an allen Stellschrauben zu drehen, die wir selbstständig bewegen können.

Es bleibt viel zu tun. Das ist uns bewusst. Und so schließe mit einer hohen Erwartungshaltung, aber auch mit der Sicherheit, dass den schönen Worten Taten folgen werden. Denn letztlich ist Familien- und Sozialpolitik unser aller Kerngeschäft.

Vielen Dank!